

Yang Ping/Jan Turowski (Hrsg.)

Sozialismusdebatte chinesischer Prägung

LinkerChinaDiskurs
Band 1

VSA:



Yang Ping/Jan Turowski (Hrsg.)
Sozialismusdebatte chinesischer Prägung
LinkerChinaDiskurs 1

Die Herausgeber

Yang Ping ist Chefredakteur der Zeitschrift »Beijing Cultural Review« und speziell berufener wissenschaftlicher Mitarbeiter des »Zentralinstituts für Sozialismus«, ein Forschungsinstitut, das gemeinsam von den acht demokratischen Parteien Chinas gegründet wurde. In den 1990er Jahren war er Mitbegründer und Chefredakteur der einflussreichen Zeitschrift »Strategy and Management«.

Jan Turowski ist Leiter des Beijing Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von 2012 bis 2019 war er Assoziierter Professor für Politische Wissenschaft an der »Southeast University« in Nanjing.

Yang Ping/Jan Turowski (Hrsg.)

Sozialismusdebatte chinesischer Prägung

LinkerChinaDiskurs 1

Eine Publikation des Beijing-Büros der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Druck und Buchbinderarbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
Umschlagfoto: Chinesische Drachentanzkünstler im Olympiapark in Beijing
(Foto: How Hwee Young, picture alliance/dpa)
ISBN 978-3-96488-099-4

Inhalt

Einleitung: Auch in China wird Sozialismus diskutiert	7
von Jan Turowski	
Das Durcheinander des 21. Jahrhunderts	21
Interview mit Li Tuo	
Sozialismus 3.0: die Realität und die Zukunft des chinesischen Sozialismus	37
von der Redaktion der <i>Beijing Cultural Review</i>	
»Post-Parteipolitik« und Zukunftsoptionen: die weltweite Krise der Repräsentation	63
von Wang Hui	
Die chinesische Zivilisation und die Kommunistische Partei Anlässlich des 96. Jahrestages der KPCh	85
von der Redaktion der <i>Beijing Cultural Review</i>	
Logik und Verlauf der politischen Reform	107
von Fang Ning und Zhang Qian	
Revolution und Rechtsstaatlichkeit: den chinesischen Weg verstehen	125
von Jiang Shigong	
Rückblick auf 40 Jahre Reform und Öffnung	139
von Cao Jinqing	
Was aus den »Klassen« geworden ist	155
von Han Shaogong	
Über die Weitergabe von Reichtum: zur Frage der Gerechtigkeit in der Gesellschaft	179
von Huang Jisu	
Wie man das gegenwärtige China verstehen kann	195
von Zhang Zhiqiang	
Glossar	209
Die Autor:innen	217

Einleitung

Auch in China wird Sozialismus diskutiert

von Jan Turowski

Sozialismus oder nicht?

Seit Deng Xiaoping Ende der 1970er Jahre die Reform- und Öffnungspolitik einleitete, hat sich China dramatisch verändert. Eine historisch einzigartige Wachstumsperiode, angetrieben durch die Expansion von Märkten, durch den Zufluss von ausländischem Kapital, Technologie und Expertise, durch massive Urbanisierung und Industrialisierung, Wirtschaftslenkung und Investitionen in Infrastrukturen, haben in nur einer Generation das städtische China zu einer Mittelklassengesellschaft gemacht und im ländlichen China Hunderte Millionen aus der Armut befreit. Während dieser gesamten Transformation hat die Staatsführung immer wieder betont, auf einem sozialistischen Entwicklungspfad zu sein. Sie hat die Wirtschaft als »sozialistische Marktwirtschaft« definiert und erklärt, sich bis zum Jahr 2050 in ein umfassend sozialistisches Land zu entwickeln.

Gleichwohl wird Sozialismus in China und insbesondere auch in der Kommunistischen Partei weniger als Zustand, sondern eher als strategisch zielgerichteter Entwicklungsprozess verstanden und diskutiert. Angesichts der Vielzahl von sozial-ökonomischen Herausforderungen und Zwängen der alltäglichen Politikgestaltung und -implementierung ist die chinesische Sozialismusdebatte im Grunde eine Hintergrundmelodie, die den praktischen Politikbetrieb mal lauter, meist leise und kaum wahrnehmbar begleitet. Es ist eine theoretische Debatte, die im ständigen Wechselspiel mit den realpraktischen Entwicklungen, Interessenkonflikten und Policy-Erfordernissen steht, sich entsprechend verändert, experimentiert, sich anpasst und dennoch den Politikprozess richtungsweisend und langfristig strukturiert. Nicht zuletzt hat sie eine normative, gleichwohl abstrakte Zielvorgabe und einen komplexen Katalog von Begriffen und historischen Referenzen bereitgestellt.

Im Westen hingegen ist die Debatte, ob China sozialistisch ist oder nicht, oft eher unproduktiv auf den *Zustand* ausgerichtet, der sodann in binäre Kategorien einsortiert gehört: Sozialismus oder nicht? Angesichts der immensen Geschwindigkeit des Wandels ist es allerdings äußerst schwierig, das chinesische Modell selbst in dem historisch kurzen Zeitraum der letzten 20 Jahre auf einen Moment hin zu fixieren. Dadurch geraten nicht nur die Grautöne aller der praktischen, situativen und nicht-linearen Denkansätze und Politikent-

scheidungen aus dem Blick. Der Debatte geht auch eine Reflexion über Entwicklungsoptionen und Gestaltungsperspektiven verloren, die in dem chinesischen System immer noch angelegt sind oder sich überhaupt erst aus der Transformation der letzten Jahrzehnte ergeben haben.

Wenn man sich für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert interessiert, dann wird man das Geschehen in China ernst nehmen müssen. Denn dessen zukünftige Wirtschaftsdominanz wird entweder den globalen Kapitalismus prägen, auf den Sozialisten weltweit reagieren müssen; oder die Zukunft des Sozialismus wird dadurch bestimmt, was durch Chinas programmatische Transformation hin zu einer sozialistischen Wirtschaft passieren könnte. So oder so: Die Auswirkungen auf die Welt, die sich durch Chinas Aufstieg ergeben, sind zu massiv, als dass man sie ignorieren könnte. In der westlichen Chinadebatte finden sich immer auch ein paar chinesische Stimmen, die die westliche Expertise und Interpretation häufig zu ergänzen und zu bestätigen scheinen. Doch Aspekte, wie Chinas Gesellschaft über sich selbst diskutiert, wie die intellektuelle Diskurslandschaft strukturiert ist, welche Fragestellungen und Interessen sich für chinesische Akteure ergeben und um welche Ideen gestritten wird, finden in der breiteren Diskussion in Europa oder Nordamerika kaum Beachtung. Mehr noch: In der westlichen Sozialismusdebatte finden sich so gut wie keine chinesischen Akteure und Positionen; hier werden zentrale Herausforderungen, politische Systeme und Kulturen, Selbstverständnisse und Weltwahrnehmungen meist als zu unterschiedlich bewertet, als dass chinesische Impulse, Deutungen oder Strategien für den eigenen Diskurs ernst genommen und als diskussionswürdig erachtet werden. Im Rest der Welt hingegen hat der westliche Sozialismus-Diskurs seine exklusive Definitions- und Bewertungsfunktion längst verloren und kann – nicht zuletzt wegen der politischen Schwäche westlicher sozialistischer Parteien und Organisationen – der Welt nicht mehr allein erklären, was Sozialismus ist und was nicht.

Ein chinesischer Diskurs

Natürlich wird auch in China darüber diskutiert, ob China ein sozialistisches Land ist, ob es sich noch auf einem sozialistischen Entwicklungspfad befindet oder gar, ob die Zielvision eines zu erkämpfenden Sozialismus noch zeitgemäß ist. Was bedeutet Sozialismus vor dem Hintergrund der Reform- und Öffnungspolitik, sozialer Ungleichheit oder der Einbettung von Chinas Wirtschaft in einen globalen Kapitalismus? Wie kann man die chinesische Entwicklung konzeptionell erfassen, was sind die sozial- und geschichtswissenschaftlichen Analysekatoren, was die Begriffe, die Chinas Entwicklung angemessen beschreiben und erklären? Und wie kann die lange chinesische Kulturgeschichte

als »Steinbruch« für politisch-philosophische Ideen genutzt werden, um Chinas Modernisierung zu reflektieren und zu kritisieren? Dass die chinesische Verfassung China als einen sozialistischen Staat bestimmt, ist dabei eher Ausgangs- anstatt Endpunkt der Debatte.

Das vorliegende Buch soll einen Einblick in *eine* chinesische Sozialismusdebatte bieten. Zehn Artikel der Beijing Cultural Review (aus den letzten zehn Jahren), die eine kontroverse Debatte angeregt haben, wurden übersetzt und in diesen Band aufgenommen. Zehn Artikel, die in China mitunter heftig diskutiert wurden und auch auf Widerstand stießen, jedoch Themen setzten, Problemstellungen artikulierten und Wahrnehmungen veränderten. Sie markieren jeweils die Eckpunkte eines Diskursfeldes, auf dem sich chinesische Intellektuelle artikulieren (müssen) und welches historisch in einem spezifisch chinesischen Kultur- und Politikkontext gewachsen und entsprechend anders ist als vergleichbare Diskursfelder in Europa oder Nordamerika.

Beijing Cultural Review

Die Zeitschrift *Beijing Cultural Review* ist eines der wichtigsten intellektuellen Debattenjournale der letzten Jahre in China. Die 2008 gegründete interdisziplinäre Zeitschrift versteht sich explizit als sozialistischer Diskursraum für die Suche nach Lösungen angesichts der Modernisierungskrisen Chinas, die sich aus der rasanten Transformation ergeben. Zu den Themen der Zeitschrift gehören Wertewandel, Parteipolitik und nationale Entwicklung, der soziale Wandel sowohl des städtischen als auch des ländlichen Chinas, technologische Revolution und neue Industrialisierung sowie andere wichtige Themen aus Politik, Wirtschaft und Kultur. In den letzten zehn Jahren haben für Beijing Cultural Review mehr als 1.200 Autor:innen, darunter auch renommierte internationale Namen wie beispielsweise Joseph Stiglitz, Amartya Sen, Immanuel Wallerstein, Samir Amin oder Perry Anderson geschrieben. Die Herausgeber:innen der Beijing Cultural Review haben eine eigene wissenschaftliche Abteilung gegründet, die jenseits des Alltagsbetriebs für Themenplanung und unabhängige Forschung verantwortlich ist und ihrerseits eine Reihe einflussreicher Publikationen hervorgebracht hat. 2019 wurde die Zeitschrift zwar in den chinesischen sozialwissenschaftlichen Zitationsindex aufgenommen (was bemerkenswert ist, da die Beijing Cultural Review die einzige Zeitschrift im Index ist, die nicht direkt mit einer Universität und einem staatlichen Forschungsinstitut verbunden ist), doch die Redaktion legte stets großen Wert darauf, dass die publizierten Beiträge sich nicht in kleinstteiligen Fragestellungen, Selbstreferenzen oder im Wissenschaftsjargon verlieren. Es geht darum, Wissenschaftlichkeit mit politischer Relevanz zu verbinden. Auf diese Weise

hat sich Beijing Cultural Review zu einem wichtigen Forum aktueller wie auch grundsätzlicher politischer Debatten in China entwickelt: Sie ist *einerseits* im akademischen Diskurs eine der am häufigsten zitierten Zeitschriften, deren Themensetzungen *andererseits* immer wieder in die breitere Öffentlichkeit schwappen und diskutiert werden.

Die gedruckte Ausgabe der Beijing Cultural Review hat eine Auflage von 15.000 pro Ausgabe, ihre WeChat/Social Media-Plattform hat jedoch 400.000 Abonnent:innen und einige ihrer Artikel wurden in den sozialen Medien sogar über drei Millionen Mal geteilt. Der chinesische Sozialismus-Diskurs insgesamt ist selbstverständlich viel weitreichender als die von Beijing Cultural Review initiierten Debatten. Er ist auch in China komplex und historisch vielschichtig, aufgeteilt in mehrere wissenschaftliche und politische Teildiskurse, teilweise Anschluss an den globalen Diskurs suchend, teilweise auf die chinesische Geschichte und Situation fokussierend, regierungsnah und technokratisch, dogmatisch, verbohrt und irrelevant, visionär, spannend und interessant, philosophisch und abstrakt, radikal oder konservativ. Es wäre vermessen zu versuchen, einen solchen Gesamtdiskurs in ein Buch pressen und umfassend präsentieren zu wollen. Gleichwohl ist die Diskussion, die in der Beijing Cultural Review in den letzten zehn Jahren geführt wurde, durchaus aufschlussreich und lässt Rückschlüsse auf den Gesamtdiskurs zu, vor allem hinsichtlich der Art und Weise, wie bestimmte Themen behandelt werden oder wie und wann sie überhaupt zu Themen werden. So ist beispielsweise eine rasant gewachsene soziale Ungleichheit kein Umstand, auf den westliche Beobachter:innen ihre chinesischen Freund:innen erst nachdrücklich aufmerksam machen müssten. Soziale Ungleichheit wird als Problem in China seit 40 Jahren diskutiert. Und doch ist der sozial-ökonomische Entstehungszusammenhang der gegenwärtigen Ungleichheit ein gänzlich anderer als in Europa – und wird entsprechend anders adressiert. Die ausgewählten Artikel machen deutlich, dass die chinesische Debatte wesentlich von konkreten Herausforderungen und Fragestellungen vorangetrieben wird, die sich aus der speziellen Transformation des Landes in den letzten Jahren ergeben haben. Wie könnte es denn auch anders sein?

Dies bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass es hinsichtlich der Problemstellungen, Analysen und Lösungsansätze, der Strategien und Visionen zwischen dem chinesischen und westlichen Sozialismus-Diskurs nicht auch sehr große Schnittmengen gibt. Um die Diskussion in eben dieser Schnittmenge produktiv zu machen, braucht es aber ein Verständnis von und Interesse dafür, was und wie jenseits des eigenen Diskursraums debattiert wird. Man kann insgesamt sagen, dass hier die Kenntnisse chinesischer Intellektueller hinsichtlich des westlichen Diskurses sehr viel größer sind als umgekehrt das Wissen westlicher Intellektueller über Chinas Diskurs.

Die versammelten Artikel decken eine ganze Bandbreite von Themen ab, sind hinsichtlich ihres Stils und ihres Duktus recht unterschiedlich und stehen oft sogar in Opposition zueinander. Sie stammen aus den letzten zehn Jahren, dabei sind manche weit besser »gealtert« als andere. So waren zum Beispiel manche von Li Tuos Einschätzungen, wie unterschiedliche Länder die Covid-19 Pandemie bewältigt haben, sehr verfrüht. Stellenweise werden die artikulierten Positionen bei den deutschen Leser:innen Ablehnung und Kritik provozieren, Verwunderung erzeugen und weitere Fragen aufwerfen. So mancher Argumentationsstil wirkt gegebenenfalls fremd. Die Artikel insgesamt weisen die ganze Bandbreite von inhaltlicher wie sprachlicher Nähe zum offiziellen Regierungsdiskurs bis hin zu expliziter Distanz zur Parteirhetorik auf. Dieses Kontinuum in all seinen Abstufungen gilt es zum Verständnis der chinesischen Sozialismusdebatte abzubilden und es bestimmte entsprechend die vorgenommene Auswahl der Artikel.

Formulierungen wie zum Beispiel »Unruhen von 1989« für die Niederschlagung der Tiananmen-Proteste werden Widerwillen erzeugen. In anderen Hinsichten wird vielleicht die Brisanz übersehen. So ist beispielsweise Cao Jinqings Vorstoß, über Privatisierung des kollektiven Besitzes von Grund und Boden zu diskutieren, im chinesischen Kontext als gewagt und provokativ zu bewerten und steht außerhalb des politischen Mainstreams. Sein Artikel ist dabei auch ein Beispiel dafür, dass die Debatte in China wie auch im Westen immer von konkreten Problemkonstellationen und Fragestellungen vorangetrieben wird. Bei den hier versammelten Artikeln geht es also nicht um richtig oder falsch. Es geht darum, Umrisse eines Diskurses vorzustellen, der vielfältig und widersprüchlich, aber vor allem würdig ist, interessiert und unvoreingenommen betrachtet zu werden.

Die in diesem Buch versammelten Artikel sind für ein chinesisches Publikum geschrieben worden. Die Autor:innen konnten bestimmte Vorkenntnisse voraussetzen. Vor allem konnten sie davon ausgehen, dass die Leser:innen die jeweiligen Positionen in die politische Diskurslandschaft einsortieren können. Ein kurzer Abriss der historischen Entwicklung des chinesischen Diskurskontextes, seiner Struktur und Dynamik mag helfen, die Artikel in ihrem diskursiven Ökosystem zu verstehen. Im Glossar am Ende des Buches können zentrale Begriffe und im Buch vorkommende Persönlichkeiten nachgeschlagen werden.

Kontext des chinesischen Diskurses

Obschon chinesische Intellektuelle in den 1980er Jahren immer noch unter dem Schock der Kulturrevolution standen, begannen sich langsam neue Publikationslandschaften, politische Orientierungen und intellektuelle Strömungen

gen auszuprägen. In dieser Zeit flammten heftige Debatten – z.B. in Anschluss an die Fernsehdokumentation »Heshang«, die äußerst kritisch den Niedergang der traditionellen chinesischen Kultur behandelt – zwischen Liberalen, Kulturkonservativen und Autoritaristen wieder auf. Sie erinnern in manchen Hinsichten an die Diskussionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Während öffentliche Debatten einerseits immer noch äußerst repressiv reguliert sind, entwickelten sich in kleinen Universitätszirkeln durchaus freie Diskussionen, wohl nicht zuletzt deshalb toleriert, weil die Führung der KPCh nach den ideologischen Erschütterungen der Kulturrevolution ihrerseits auf der Suche nach einem brauchbaren Identitätsnarrativ war. Die Gesellschaftsstruktur war immer noch sehr einfach, die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebte auf dem Land und auch die meisten Städter:innen standen unter Transformationsstress und waren mit neuen Möglichkeiten und Zwängen überbeschäftigt, sodass diese Debatten fast ausschließlich in kleinsten Zirkeln von Intellektuellen und Parteikadern geführt wurden.

Die erste Hälfte der 1990er Jahre war nach der Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz durch eine erneute Schockstarre geprägt. Doch die dann fortschreitenden Reformen, die die Gesellschaft und Institutionen verändern und zunehmend ausdifferenzieren, schufen neue Freiheiten und stellten neue Fragen. In den Mainstream-Medien war es in der zweiten Hälfte der 1990er immer noch schwierig, offene Kritik an der Politik zu üben, doch in jenen Jahren entstanden im akademischen Umfeld einige wichtige und prägende Zeitschriften wie beispielsweise »Lesen« (Dushu), »Grenzen« (Tianya) oder »Strategie und Management« (Zhanlüe yu Guanli). Sie setzten sich mit theoretischen wie praktischen Fragen kritisch auseinander und wurden zu Plattformen unterschiedlicher Denkschulen und politischer Strömungen mit erheblichem Einfluss. Diese Zeitschriften wurden zu Theorieforen des Postmodernismus, der Modernisierungstheorie, Semiotologie, Weltsystem-Theorie oder auch des Postkolonialismus, ebenso wie sie Räume kritischer politischer Diskussionen über den chinesischen Reformweg bereitstellen. Anfang der 2000er Jahre kamen neue, kommerziell orientierte Magazine und Zeitschriften hinzu, die die Bandbreite von Sichtweisen und Themen nochmals vergrößerten. Das »Südliche Wochenblatt« (Nanfang Zhoumo) beispielweise entwickelte sich zu einer wichtigen liberalen Wochenzeitung und geriet in den folgenden Jahren immer wieder in Konflikt mit Provinz- und zentralstaatlichen Regierungen.

Sozialstrukturell prägte sich in den Städten langsam eine neue Mittelschicht aus, mit neuen Fragestellungen, politischen Erwartungen und neuen Diskussions- und Lesebedürfnissen. Im Zuge der Bildungsexplosion hatte sich die Zahl der Studierenden, die sich jedes Jahr an Hochschulen neu einschrieben, von 1990 bis 2020 weit mehr als verzehnfacht. Die Zahl der Hochschuleinrichtungen (Universitäten, Fachhochschulen, Akademien) hatte sich allein von 2010

bis 2020 mehr als verdoppelt. Auch wenn es Widersprüche und Probleme gab, brachte die Expansion eine neue Vitalität und Möglichkeiten mit sich. Millionen Studierende, die die ersten ihrer Familie waren, die studieren konnten, veränderten die universitären Institutionen.

Über die Rezeption westlicher, vor allem liberaler Denker:innen hatte eine junge Generation von Intellektuellen und Hochschulabsolvent:innen in China zunehmend ein diversifiziertes Verständnis des Westens und Chinas entwickelt. Viele wurden zu Befürworter:innen von »Marktfreiheit« und zu Gegnern des »alten Systems«. Viele junge Lehrer:innen, die neu eingestellt wurden, haben neuen Entwicklungsraum und viele gut ausgebildete Hochschulabsolvent:innen strömen zunehmend in neue Medien, öffentliche Wohlfahrtsinstitutionen, ausländische und private Unternehmen. All dies veränderte den diskursiven Resonanzraum radikal. Es waren zwei Diskursstränge, die die Debatten jener Jahre rahmen: Einerseits die Erzählung des systemischen Zusammenbruchs. Die im Westen kursierenden Prognosen, dass Chinas Wirtschaft und/oder politisches System alsbald kollabieren und wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen würde, waren auch in der chinesischen Debatte allgegenwärtig. Andererseits die Erzählung des westlichen Entwicklungsstandards. China wurde als ein Land nachholender Entwicklung diskutiert, das nicht nur zum Westen aufschließen, sondern – früher oder später – wie der Westen werden müsste. Im linken und im nationalistischen Diskurs fanden sich zwar Forderungen, anstatt »westliche Erfahrung« bloß zu akzeptieren oder abzulehnen, müsse das Land unabhängig davon beurteilt und reflektiert werden. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts fehlte dieser Debatte jedoch noch die öffentliche Aufmerksamkeit. Das Jahr 2008 stellte dafür eine wichtige Zäsur dar. Zum einen zeigten »dreißig Jahre Reform und Öffnung« offensichtliche Erfolge und schienen die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu beweisen. Die erfolgreich durchgeführte Peking Olympiade tat ihr Übriges. Entgegen so mancher Einschätzungen im Westen war die chinesische Führung bei ihren Entscheidungen über den Entwicklungspfad bis dahin alles andere als selbstsicher und selbstbewusst. Die Reform- und Öffnungspolitik war in der Tat eher ein vorsichtiges Tasten nach Steinen beim Überqueren des Flusses. Zum anderen zeigte die Finanz- und Wirtschaftskrise im Westen die Schwäche des liberal-kapitalistischen Modells auf. Der Westen funktionierte als real-praktische und normative Vorlage nicht mehr. Diese beiden Ereignisse veränderten nachhaltig die chinesische Sozialmentalität sowohl der Eliten als auch in der Bevölkerung – und entsprechend auch die geführten Auseinandersetzungen. Die Erzählung vom nahenden Zusammenbruch verschwand fast gänzlich aus dem Diskurs, und nach 2008 waren immer mehr Chines:innen davon überzeugt, dass »Chinas Aufstieg« mehr als nur eine abstrakte Erwartung war: Es war ein sich bestätigender Trend. Die Debatte verlagerte sich merklich, und je mehr über ein

»China Modell« oder »Chinas Entwicklungspfad« diskutiert wurde, desto stärker verblasste die einheitliche und westlich zentrierte historische Erzählung einer prototypischen Modernisierung.

Während in den Jahren zuvor der offizielle Partei-Diskurs mit seinen offiziellen Medien und die öffentliche Debatte eigentümlich berührungslos nebeneinander existierten und sich oft schlicht ignorierten (solange sie sich nicht frontal angriffen), wurde in den Jahren nach 2008 die Schnittmenge größer; Begriffe und Konzepte des jeweils anderen Diskurses wurden aufgegriffen und diskutiert und beeinflussten sich gegenseitig merklich. Vor diesem Hintergrund sortierten sich zugleich die Diskursakteure inhaltlich und positionell neu aus: im Partei-Diskurs fanden vermehrt unterschiedliche Positionen Platz; innerhalb der jeweiligen Strömungen multiplizierten nachwachsende Generationen Ansichten und Forderungen; öffentliche Policy-Debatten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Expertise wurden weniger ideologisch und aktionistisch, sondern zunehmend technokratisch geführt.

Die *Liberalen*, die lange und diskursiv sehr dominant für eine rasche Privatisierung, Deregulierungen und Reformen der Eigentumsrechte und Rechtsstaatlichkeit plädiert hatten, verloren massiv an Einfluss. Die neoliberale Strömung zog sich in den 2010er Jahren diskursiv zurück und wurde nun allenfalls von »technokratischen Beamt:innen« mit »professionellen« oder »realistischen« Forderungen artikuliert. Vor allem konnte ihre Erzählung über wirtschaftliche und politische Reformen die junge Generation nicht mehr begeistern. Während deren Eltern noch den Mangel, die Armut und das Chaos ständiger politischer Kampagnen der Mao-Jahre erlebt hatten und sich lebensperspektivisch viel von den Marktreformen erhofften, wurde sie in die Marktwirtschaft und Konsumgesellschaft hineingeboren und hatte die negativen Auswirkungen der Reformen direkt erlebt. Während die Elterngeneration also eine mögliche kapitalistische *Zukunft* verklärte, verklärten die jungen Leute ihrerseits eine sozialistische *Vergangenheit*, die sie selbst nicht mehr erlebt haben.

Die *neue Linke* (»neu« in Abgrenzung zu den maoistischen Konservativen) kritisierte die Exzesse der Privatisierung, das rein marktwirtschaftliche Denken und die reduktionistische Wachstumslogik der Reformpolitik. Die linken Wissenschaftler:innen wiesen darauf hin, dass für die rasche Entwicklung der chinesischen Wirtschaft ein sehr hoher Preis vor allem von Wanderarbeitnehmer:innen, Arbeitnehmer:innen staatlicher Unternehmen und Landwirt:innen gezahlt wurde. Die »Reformdividende« der ersten 30 Jahre müsse nun an die »Massen« ausgezahlt werden. Eine schlichte Rückkehr zu Mechanismen der Vor-Reformzeit war nicht möglich, sodass die neue Linke forderte, dass sich ein sozialistisches Modell im chinesischen Kontext und vor dem Hintergrund der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts komplett *neu erfinden* müsse.

In eben diesem Umfeld entstand auch die *Beijing Cultural Review*.

Die traditionellen Wiederbelebungstheoretiker:innen schließlich räumten ein, dass zwar die marktorientierten Reformen die Wirtschaft mit hoher Geschwindigkeit entwickelt hätten, diese Entwicklung aber sozial-kulturell destruktiv und nicht nachhaltig sei. Ein besonderer Vorteil Chinas bestehe aber darin, dass es sich auf den Konfuzianismus und andere traditionelle ideologische Ressourcen stützen könne. So könne die Geschwindigkeit des Kapitalismus durch »kulturelle Bremsen« verringert werden.

Neue Orte der Debatte

In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts war das chinesische Diskursfeld noch stabil unterteilt: Hier der offizielle Politik- und Parteidiskurs, dort der akademisch-kulturelle mit seinen Plattformen unterschiedlicher politischer Strömungen. Mit dem rasanten Anwachsen des Internets wurde das Diskursfeld in den 2010er Jahren jedoch komplexer und unübersichtlicher.

Die Regierung hatte keine Erfahrung, wie sie mit der »öffentlichen Meinung im Internet« umgehen sollte, aber auch akademische Zirkel samt ihren angestammten Publikationen hatten angesichts der direkten und ungefilterten Kommunikation Schwierigkeiten, ihre Rolle zu finden. Sie verloren ihre exklusive – sowie ihre abgehobene und elitäre – Mittlerfunktion zwischen Regierung und Öffentlichkeit. Im Internet wurden nun offensichtliche soziale Widersprüche, nicht gezahlte Löhne, Umweltskandale oder Korruption direkt und scharf artikuliert. Das Internet bedeutete einen massiven Zustrom von neuen Diskursteilnehmer:innen.

Erstens beteiligte sich eine neue, die zweite Generation von Wanderarbeiter:innen. Diese wollte im Gegensatz zu ihren Eltern nicht aufs Land zurückkehren, sondern sich in den in Städten niederlassen, stand aber vor dem Dilemma »hoher Immobilienpreise« und »niedrigen Einkommen«. Diese zweite Generation hatte meist weiterführende Schulen besucht, wusste das Internet zu nutzen und verfügte über eine ganze Bandbreite von Ausdrucksmitteln. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um neue Arbeitnehmerrechte (die 2014 gesetzlich implementiert wurden) hatte es diese Wanderarbeiter-Generation durchaus geschafft, im Internet Identität und Gemeinschaft und damit letztlich Diskursmacht zu bilden. Unter anderem war ihr dies über einige selbstironische, satirische und kritische Kommunikationskonzepte, wie beispielweise »Menschen, die Ziegel tragen«, »Verlierer«, »die zweite Generation der Armen« usw. gelungen.

Zweitens kam es aufgrund der raschen Verstädterung, zunehmender sozialen Ungleichheit, rigoroser Stadtplanung und Umweltschutzproblemen immer wieder zu Protestbewegungen und Konflikten zwischen landlosen Bäu-

rinnen und Bauern und der neuen Bürgerklasse, die allesamt auch im Internet ausgefochten wurden.

Drittens, aufgrund der zunehmenden sozialen Mobilität und dem rasanten Anwachsen der städtischen Mittelschicht, neuer Beschäftigungsformen und neuer Lebensstile, kam es zu einem verstärkten Austausch globaler Ideen, der neue Themen wie »Feminismus« oder »Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaft« und damit verbundene soziale Protestpraktiken in die chinesische Debatte einführte. Das Internet schuf die notwendige Voraussetzung für die diversifizierte Konzept- und Gruppenidentifikation.

Im Jahr 2011 wurde das 3G-Mobilfunknetz zuerst in den Städten und bald auch in ländlichen Gebieten ausgebaut. Zugleich förderten relativ preiswerte inländische Smartphones deren Popularisierung und China trat in das »Zeitalter des mobilen Internets«. Smartphones ersetzten nicht nur Computer und wurden zum Werkzeug zur Informationserfassung, sondern integrierten auch eine Reihe intelligenter Anwendungssoftware und -systeme, wurden Teil des Lebensstils der Menschen und änderten und formten sogar deren Gewohnheiten. Über die Expansion und Entwicklung neuer Medien seit 2011 beschleunigte sich der Einfluss der »öffentlichen Meinung im Internet« in der chinesischen Gesellschaft, während sich die relative Bedeutung traditioneller Medien nochmals reduzierte. Vor allem die Popularität von Mikroblogs veränderte den Stil der öffentlichen Debatte. Dieser neue Kommunikationsmodus schuf einen völlig neuen Typus von »Meinungsführer:innen« und »öffentlichen Intellektuellen«, wie beispielweise Yao Chen, Han Han, Mao Yushi. Da Textinformationen im Mikroblog auf 140 chinesische Schriftzeichen begrenzt waren, waren die Inhalte meist persönlich und emotional. In der Phase, in der die chinesische Gesellschaft immer komplexer und differenzierter wurde, brach sich die Unzufriedenheit in Mikroblogs auf allen Ebenen Bahn. Die App *WeChat* begann 2015 Mikroblogs zu ersetzen und wurde zur einflussreichsten Social-Media-Plattform. Über *WeChat* wurde die mittlere Altersgruppe, die Wanderarbeiter:innen und die Bauern, die alle in der frühen Phase der Entwicklung des mobilen Internets noch zurückgeblieben waren, ebenfalls in das »Zeitalter des mobilen Internets« geholt. Die öffentliche Meinung im Internet, die ursprünglich von der städtischen Mittelschicht dominiert wurde, wurde vielfältiger. Und es gab Unterschiede und sogar Konflikte zwischen den Appellen, Themen, Forderungen der jeweiligen Gruppen.

Doch im Gegensatz zu der Frühphase des Internets verstand es die Staatsführung nun besser, die digitale Debatte in ihrem Sinne einzubetten und zu kontrollieren. Auf der *Nationalen Konferenz zu Propaganda und ideologischer Arbeit* 2013 forderte die neue Staats- und Parteiführung, »die Arbeit der öffentlichen Meinung im Internet als oberste Priorität der Propaganda und der ideologischen Arbeit zu betrachten«. Dies geschah einerseits durch eine zu-

nehmende Regulierung und massive Überwachung, andererseits indem Partei und Staat ihrerseits die sozialen Medien professionell und geschickt nutzten. Die Vernetzung der offiziellen Mainstream-Medien wurde massiv gefördert. Traditionelle Mainstream-Medien wie die Volkszeitung (*Renmin Ribao*) und die *Xinhua*-Nachrichtenagentur waren auf den neuen Medienplattformen wie Micro-Blog und WeChat stets präsent. Darüber hinaus hat die Zentralregierung Mechanismen zur Rechenschaftspflicht lokaler Parteien- und Regierungsorganisationen auf allen Ebenen und die Einrichtung von »Büros zur Verwaltung der öffentlichen Meinung im Internet« gefördert. Man wollte offensichtlich verhindern, dass Konfliktthemen tagelang unkontrolliert im Internet wabern und irgendwann hochkochen.

Diskursive Rezession

Im Vergleich zu den frühen 2000er Jahren ist die öffentliche Debatte heute, aber auch der letzten Jahre weit weniger anregend, kontrovers, inspirierend oder gar visionär. Diese Entwicklung ist sicherlich auf verstärkte Überwachung und Zensur, Druck auf Akteure und Organisationen und entsprechender Selbstzensur zurückzuführen. Aber auch andere Faktoren spielen eine wichtige Rolle. Angesichts neuer Medien gelang es vor allem den traditionellen Zeitungen und Zeitschriften nicht, ihre Leserschaft und ihre Abonnent:innen zu halten oder neue Leser:innen zu gewinnen. Dies führte zu einer massiven Reduzierung der Abonnement-, Werbe- und Vertriebslöse, was diese Medien in ihrer Existenz bedrohte. Um dieser Herausforderung zu begegnen, versuchten traditionelle Papiermedien, sich digital neu zu erfinden, eigene Smartphone-Anwendungen (APP) zu entwickeln und in mobile Internetplattformen wie Micro-Blog und WeChat einzusteigen. Doch in diesen technischen Formaten können sie ihre ursprüngliche komplexe Diskursfunktion nicht mehr erfüllen.

Die politische Kontroverse und der ideologische Suchprozess in den 2000er Jahren profitierte auch von der enormen Expansion des Universitätssystems. Eine Vielzahl von neuen Instituten und Fakultäten wurde gegründet und viele neue Universitätsstellen geschaffen, die die frische und aufregende Nachfrage nach neuen Themen, Ideen und Theorien massiv steigerte. 2011 war der Höhepunkt dieser Expansion erst einmal erreicht und es kam zu einer strukturellen Sättigung, die für die nachfolgende Generation junger Wissenschaftler:innen harter Wettbewerb um die verbleibenden Stellen und enormer Druck auf Lehre und wissenschaftliche Forschung bedeutete. Externe Forschungsstipendien und -preise und absurder Veröffentlichungszwang führten zu Disziplinspezialisierung, quantitativer Empirisierung und Mathematisierung auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Das ließ für normative Theorien

oder grundsätzliche Problemreflexion schlicht keinen Raum und keine Zeit mehr. Die chinesische Kulturindustrie ist in den letzten 20 Jahren enorm gewachsen und wird auch mehr und mehr Stichwortgeber und Rahmen für die nationale Themensetzung. So ist etwa zu beobachten, dass das chinesische Publikum immer weniger Interesse an Produkten der amerikanischen Kulturindustrie hat. Und schließlich ist die Gesellschaft heterogen geworden: Die Lebensstile und vor allem die Interessen von Jung und Alt, hoch- und niedrig-bezahlt, privatwirtschaftlich und öffentlich beschäftigt haben sich ausdifferenziert. Doch die Positionen sind nicht so klar und kohärent wie es zuvor bei den unterschiedlichen Intellektuellendiskursen und Stömungsplattformen der Fall war. Die Vertreter:innen haben unterschiedliche Orientierungen zu verschiedenen Themen, zeigen manchmal ausgeprägte realistische und utilitaristische Handlungsorientierungen und konzentrieren sich eher auf konkrete Themen wie Bildungsgleichheit, Lebensmittelsicherheit, Sozialordnung, Finanzmarkt, Umweltschutz usw.

Offizieller und zivilgesellschaftlicher Diskurs

Diese öffentlichen Debatten und Auseinandersetzungen sind überwölbt von und zugleich eingebettet in den offiziellen Politik-Diskurs der KPCh und die chinesische politische Kommunikation, also den Prozess, in dem die politische Führung, die Medien und die Bevölkerung die politische Information sowie Mitteilungen austauschen und interpretieren, die einen Bezug zum politischen Prozess und zur Regierungsgewalt haben. Die politische Kommunikation eines Landes ist immer von den institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen des Regierungssystems, der politischen Kultur und der Geschichte geprägt. Diese erzeugt ihrerseits Normalitätsvorstellungen, politische Sinn- und Deutungsangebote und eine gewisse innere argumentative Kohärenz. Die Interessen, Orientierungen und Interaktionsmuster der politischen Akteure und deren jeweilige Zugänge zu Kommunikationsressourcen und -prozessen prägen ein länderspezifisches Erscheinungsbild politischer Kommunikation. Sie bestimmen Interaktion von Medien und Politik und formen die politische Sprache.

Politische Sprache, Rhetorik und die Kommunikationsmuster Chinas wirken im Vergleich zu den westlichen überaus formalisiert, nahezu starr und überkomplex und entsprechend unanschaulich und wenig ansprechend. Sie sind durch feststehende und unveränderliche Politik-Begriffe und Formeln, lange Aufzählungen, Chiffren und Slogans charakterisiert. Wenn für westliche politische Kommunikation prototypisch, aber überaus idealisiert flammende Wahlkampfreden und hitzige Fernsehdebatten stehen, dann ist Chinas politische Kommunikation durch lange Reden, Rechenschaftsberichte und Verlaut-

barungen charakterisiert, die im Westen meist als leere Propagandaformeln abgetan werden. Doch wenn man die Formeln, Zeitvorgaben und Ziele ernst nimmt, dann ist Chinas politische Kommunikation entgegen dieser üblichen Vorurteile durchaus dynamisch und innerhalb ihrer strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen überaus rational. Sie ist in ihren Begrifflichkeiten, ihrer Politiklegitimierung und den Gestaltungsdebatten sehr oft intellektuell anregend gestaltet. (Gleichwohl sind natürlich auch in China wie im Westen genügend politische »Sonntagsreden« mit inhaltsleeren Floskeln vorzufinden.)

Die politische Kommunikationsstruktur Chinas ist von mehreren Achsen durchzogen, die die Kommunikationsrollen und Normen sowie das Verhalten der Akteure determinieren. Zugleich stellt sie häufig – was politikwissenschaftlichem Allgemeinwissen offensichtlich widerspricht – einen gesellschaftlichen Basiskonsens bereit und treibt den Gesamtdiskurs dynamisch voran. Für die hier vorgenommene Betrachtung seien zwei dieser Achsen erwähnt:

Erstens beinhaltet der offizielle Parteidiskurs der KPCh sehr lange Zeiträume, Gestaltungsvisionen und Entwicklungsstufen, die weit in die Zukunft hinein reichen. In diesem Diskurs sind die unmittelbaren Politikprobleme des hier und heute immer auch mit den zu erreichenden Zielen in der Zukunft verknüpft. Während in westlichen Politikdebatten »Zukunft« als politische Kategorie meist auf kurze Zeiträume reduziert bleibt und reaktiv Zielhorizonte als Lösung gegenwärtiger Probleme fungieren, bezieht sich die chinesische Auseinandersetzung stets auf einen Entwicklungszeitraum von mehr als 100 Jahren. Dieser Diskurs ist von langen Zeitvorgaben (»Zwei-Stufen-Strategie«, »Fünf in Eins«-Modernisierung, »moderat wohlhabende Gesellschaft« bis 2020, »gemeinsamer Wohlstand« bis 2030, »modernes sozialistisches Land« bis 2049 usw.) und quantitativen Entwicklungsstufen (hinsichtlich Industrialisierungs-, Armuts- oder Urbanisierungsquote, Einkommensentwicklung usw.) bestimmt. Die wiederum bestehen aus kürzeren Planungsintervallen, Programmen und Kampagnen (Fünfjahrespläne, »Made in China 2025«, »Belt and Road Initiative« usw.).

Zweitens finden sich im chinesischen System spezifische kommunikative Verständigungs- und Aushandlungsprozesse. In den auf Langfristigkeit ausgerichteten Diskurs werden immer neue kurzfristige Begriffe und Slogans eingeführt: »harmonische Gesellschaft«, »China-Traum« oder »friedliche Entwicklung«; anfänglich ziemlich abstrakt, fast schon alles- und nichtssagend. Wenn solche politischen Begriffe eingeführt werden, beabsichtigt die chinesische Regierung normalerweise, so wenig konkrete Informationen wie möglich über die tatsächliche Bedeutung der Slogans und Bezeichnungen zu liefern.

Diese Vagheit schafft jedoch häufig Raum für lebhafte Debatten in der Wissenschaft, in den Medien oder auch in der Öffentlichkeit. Die meisten Konzepte bieten zunächst nur Ausgangspunkte und Zielvisionen: Es sind noch keine

umfassenden und komplex durchdachten politischen Programme. Tatsächlich hängt es von Wissenschaftler:innen, Expert:innen oder politischen Entscheidungsträger:innen ab, die konkreten Ideen für die Umsetzung zu entwickeln und zu versuchen, den Inhalt weiter zu konkretisieren. Insofern werden Think-tanks, Forschungsinstitute und verschiedene Regierungszweige auf allen Ebenen sowie Provinzregierungen von der chinesischen Führung ermutigt, internationale Workshops und Konferenzen überall im Land abzuhalten. Das Ziel ist, die Debatte anzuregen und zu verfeinern. Die langen Zeithorizonte und entsprechenden Begriffskataloge des Parteidiskurses sowie die spezifischen kommunikativen Rückkopplungen prägen auch die zivilgesellschaftlichen Diskussionen. Diese verlaufen ebenfalls auf spezifisch chinesische Art und Weise. Begriffe und Formeln, Ziele und Fragestellung der KPCh werden darin aufgenommen, verworfen oder weitergesponnen.

Es ist nicht sinnvoll, Zivilgesellschaft einerseits und Partei und Staat andererseits antagonistisch gegenüberzustellen: Die Zivilgesellschaft ist in Parteistrukturen anzutreffen und die KPCh wiederum in vielen zivilgesellschaftlichen Bereichen präsent. Ebenso wenig ist es hilfreich, den zivilgesellschaftlichen Diskurs vom offiziellen KPCh-Diskurs abzutrennen. Letzterer dient den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchaus als ideologisch-begrifflicher und politischer, gleichwohl höchst kontrollierter Referenzraum. Der offiziell staatliche und der zivilgesellschaftliche Diskurs sind nicht dasselbe, aber sie sind auch nicht völlig gegensätzlich. Ihre größte Ähnlichkeit besteht darin, dass sie ungeschlossen und von ständigen Veränderungen und Brüchen bestimmt sind.

Chinas Entwicklung ist keine abgeschlossene Angelegenheit. Es ist überaus schwierig, das chinesische Modell selbst in den letzten 20 Jahren, geschweige denn in den letzten 40 oder 50 Jahren auf einen Moment hin zu fixieren. Was auch immer zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt im Land passiert, ist es nicht möglich, von dort aus Erkenntnisse und Werte für Chinas Zukunft zu extrapolieren, die über den Moment hinausreichen. Wie können da die begleitenden Sozialismuskurse etwas anderes sein als Suchprozesse?

Die chinesische Regierung behauptet, sie sei auf dem Weg, bis 2049 eine vollständig sozialistische Gesellschaft zu sein. Was das bedeutet, muss noch konfiguriert werden. Es ist noch »zu früh, zu beantworten«, wie diese sozialistische Gesellschaft und eine sozialistische Ökonomie tatsächlich aussehen werden, um es mit Zhou Enlai zu sagen, der in den 1970er Jahren auf die Frage nach der historischen Bedeutung der Französischen Revolution für Chinas Entwicklung antwortete, es sei noch zu früh, dies zu beurteilen.

Die Autor:innen

Wang Hui ist einer der wichtigsten linken Intellektuellen in China. Er ist Professor am Institut für Chinesische Literatur und am Institut für Geschichte der Tsinghua Universität. Er ist außerdem Direktor des Tsinghua Institute for Advanced Study in Humanities and Social Sciences. Von Mai 1996 bis Juli 2007 war er Chefredakteur (zusammen mit Huang Ping) von »Lesen« (Dushu), das bis heute eine der einflussreichsten Zeitschriften chinesischer Intellektueller ist. Er ist Autor von u.a. »The End of the Revolution«, »The Rise of Modern Chinese Thought« und »The Politics of Imagining Asia«.

Cao Jinqing ist ein Soziologe und Experte zu Fragen des ländlichen Chinas. Er war Professor an der Fakultät für Soziologie der Ostchinesischen Universität für Wissenschaft und Technologie und Ehrendirektor des Zentrums für China-Studien zur ländlichen Entwicklung. Zu seinen einflussreichen Büchern gehören »China Along the Yellow River: Reflections on Rural Society« (2004) und »How to study China« (2018).

Huang Jisu ist Schriftsteller und ein Vertreter des neuen linken Denkens in China. Seine Schriften reflektieren die sich wandelnden Beziehungen zwischen China und der Welt sowie zeitgenössische Fragen der chinesischen Literatur. Er ist derzeit Forscher an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und stellvertretender Chefredakteur des International Social Science Journal (chinesische Ausgabe). Er ist auch Dramatiker und Autor des Theaterstücks »Liebesameisen« (Aiqing Mayi) und der chinesischen Adaption »Unfalltod eines Anarchisten«. Sein episches Theaterstück »Che Guevara« wurde im Jahr 2000 als eines der wichtigsten Kulturereignisse bewertet.

Fang Ning ist chinesischer Politikwissenschaftler. Er war Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Zu seinen bekanntesten Büchern gehören »Moderne westliche politische Theorie« (Xiandai Xifang Zhengzhi Lilun) und »Chinas Erfahrung der Demokratie« (Minzhu de Zhongguo Jingyan).

Zhang Qian ist wissenschaftliche Referentin am Institut für Politikwissenschaft der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Sie ist bekannt für ihre umfassenden Feldforschungen zur ländlichen (Selbst-)Verwaltung in mehreren chinesischen Provinzen. Ihre Arbeiten umfassen vergleichende Wahlsystemforschung, Selbstverwaltung und Grassroots-Governance. Ihr einflussreichstes Buch ist »Between Heaven and Earth: Social Basis and the Internal Mechanism of Rural Unified & Decentralized Governance System« (Tian Di Zhijian: Nongcun Tong yu Fen Jingying Tizhi Xingcheng de Shehui Jichu yu Neizai Jili).

Han Shaogong ist ein Schriftsteller und Romanautor. Mitte der 1980er Jahre war er berühmt geworden als Leiter der Avantgarde-Schule Xungen-Bewegung (»Wurzelsuche«). Seitdem beschäftigt er sich immer wieder mit der Transformation der chinesischen Gesellschaft. 1995 war er Mitbegründer der berühmten Kulturzeitschrift »Grenzen« (Tianya). Seine Werke wurden in mehr als zehn Sprachen übersetzt und weltweit veröffentlicht. Derzeit ist er Mitglied des Präsidiums des Chinesischen Schriftstellerverbandes und Professor der Pädagogischen Hochschule Hunan.

Jiang Shigong ist ein Rechts- und Politikwissenschaftler. Er ist Professor an der Juristischen Fakultät der Peking Universität, stellvertretender Leiter des Instituts für Sozialwissenschaften der Peking Universität und Beauftragter des Komitees von Rechtsexperten in der Stadt Peking. Er ist Autor von »Legal System and Governance: The Law of National Transformation« (Fazhi yu Zhili: Guojia Zhuanxing de Falu) und »China's Hong Kong: A Political and Cultural Perspective«.

Li Tuo ist ein einflussreicher Theoretiker zeitgenössischer chinesischer Literaturkritik. Er war stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift Beijing Wenxue (Beijing Literature) und Mitglied der Beijing Writers Association. Seine Sammlung von Kurzgeschichten »Mögen Sie dieses Lied hören« (Yuan Ni Tingdao Zhezhi Ge) gewann den Staatspreis für herausragende Kurzgeschichten, und seine Drehbücher »Li Siguang« und »Sand Gull« gewannen 1979 und 1981 den Filmpreis des Kulturministeriums.

Zhang Zhiqiang ist Direktor des Instituts für Philosophie der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Derzeit ist er Ratsmitglied der Internationalen Konfuzianischen Vereinigung und der Chinesischen Konfuzianischen Akademie. Seine Forschungsgebiete umfassen den chinesischen Buddhismus und die Geschichte des modernen chinesischen akademischen Denkens. Er ist der Autor von »Zhu Xi and Lu Jiuyuan; Confucianism and Buddhism in Modern Thought, Buddhism and the Modern Transformation of Chinese Thought Since the Late Ming Dynasty« (Zhulu-Kongfo-Xiandai Sixiang: Foxue yu Wanming yilai Zhongguo Sixiang de Xiandai Zhuanhuan).